

Erscheint täglich außer Sonntags.
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,40 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition; Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einseitige Nonpareilzeile
80 Pf., Reklamezeile 5 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Verkaufskonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.
Berlin Nr. 87 636. Fernsprecher: Dönhofs 292 bis 297

Die Arbeitslosigkeit steigt!

Über 2 Millionen Hauptunterstützungsempfänger.

Die Arbeitslosigkeit stieg nach dem Bericht der Reichsanstalt in der Woche vom 13. bis 18. Januar 1930 in allen Landesarbeitsamtsbezirken weiter an, doch war der Anteil der einzelnen Bezirke ungewöhnlich verschieden. So nahm in Brandenburg die Arbeitslosigkeit noch unaufhaltsam zu (um mehr als 20 000 Arbeitssuchende), während in Niederachsen und Nordmark die Verschlechterung fast zum Stillstand kam (Zunahme um 810 bis 897 Arbeitssuchende).

Noch größere Spannungen bestanden zwischen den Arbeitsamtsbezirken; in einzelnen übermorgen schon die Abgänge an Arbeitslosen; andere erwarteten, daß

Der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit bald überwunden

wird, wenn nicht ein Witterungswechsel einen neuen Rückschlag bringt; hingegen werden andere unter dem Druck einer dauernd wachsenden Verschlechterung des Marktes. Während also in einigen Gebieten der Einfluß der milden Witterung sich durchsetzen konnte, blieb er in anderen nahezu wirkungslos; entweder lähmte

rigorose Spattpolitik

die Wiedereinführung der Bauaktivität, oder der örtliche Markt wurde einseitig beherrscht von dem Beschäftigungsrückgang in der Metallwirtschaft, oder ländliche Bezirke, besonders in Schlesien, verloren immer mehr ihr früheres Gleichgewicht, weil der Übergang von Dauerarbeitsverhältnissen zur Saisonbeschäftigung die berufstätliche Arbeitslosigkeit von Jahr zu Jahr vermehrt.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung, bekanntlich nicht die Gesamtzahl der Arbeitslosigkeit, dürfte nach den Vormeldungen der Landesarbeitsämter am 15. Januar

nicht an 2,050 Millionen

liegen. Damit entspricht die Zahl dem Stand des Vorjahres. Die oben angezeichneten großen Unterschiede zwischen den einzelnen Bezirken ergeben sich auch bei einem Vergleich mit dem Vorjahr.

Als Grenzfälle des günstigsten und des ungünstigsten Verhältnisses zum Vorjahr standen sich Westfalen und Sachsen gegenüber; Westfalen hatte Mitte Januar 40 000 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung weniger, Sachsen 50 000 mehr als im Vorjahre. Außer Sachsen haben noch Schlesien, Brandenburg und Hessen die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger des Vorjahres — trotz der milden Witterung — beträchtlich überschritten.

Das Unglücksstellwert.

Um die Schuld am Dinkelscherbener Eisenbahnunglück.

München, 22. Januar. (Eigenbericht.)

In dem Prozeß wegen des Dinkelscherbener Eisenbahnunglücks wurden am Dienstag die drei Mitangeklagten Hüblers, drei Beamte des Sicherungsdienstes, vernommen. Im Verlauf ihrer Vernehmung wurde festgestellt, daß das Unglücksstellwert, bevor es in Dinkelscherben aufgestellt wurde, bereits dreißig Jahre lang Dienst an einem anderen Bahnhof geleistet habe. Auf die Bedenken des Vorsitzenden äußerten die Beamten, daß teilweise noch ältere Stellwerke in Betrieb seien. Bei ihrem Einbau in Dinkelscherben sei die Apparatur vollkommen betriebsfähig gewesen und es hätte nie etwas passieren können. Nach dem Unglücksfall haben die drei Angeklagten übereinstimmend beobachtet, daß an dem Apparat herumgefieilt worden sei. Das Stützgebäude, in das der eine der Angeklagten die beobachtete Störung eingetragen hatte, ist verwunden. Bemerkenswert ist auch die Tatsache, daß das Stellwert nach dem Unglücksfall noch zwei Monate lang in Betrieb gehalten wurde.

Der Gerichtshof hat inzwischen eine Ortsbesichtigung in der gleichen Stunde vorgenommen, in der das Unglück geschah. Dann wurde in die Vernehmung der Sachverständigen eingetreten. Professor Häcker, München, äußerte sich über das Wagenmaterial des verunglückten Personenzuges. Aus seinem Gutachten kam ebenso wenig wie aus dem Gutachten von Reichsbahnrat Sauer, Lindau, belastendes Material zutage.

Freigelassen. Der im Zusammenhang mit den Erwerbstosenwunden in Worms verhaftete Abgeordnete des Preussischen Landtages, Müller-Hoffen, ist gegen eine Kaution von 1500 Mark inzwischen auf freien Fuß gesetzt worden.

Was gibt's in der Reichsmarine?

Bedeutliche Entlassungen wegen „staatsfeindlicher Umtriebe“.

Kiel, 22. Januar. (Eigenbericht.)

Anfang Juli 1929 sind fünf Angehörige der Reichsmarine fristlos gekündigt worden. Es handelt sich dabei um zwei Obermatrosen, zwei Obermaatse und einen Feldwebel. Die Entlassung wurde durch den Kompanieführer respektive den Kommandanten ausgesprochen. Verfügt waren die Entlassungen durch den Chef der Marineleitung, Admiral Raeder. Als Entlassungsgrund wurde zunächst nur „Unwürdigkeit“ angegeben.

Auf den sofortigen Einspruch der Entlassenen entschied das Reichswehrministerium, daß die Entlassung zu Recht erfolgt sei. Als Entlassungsgrund wurde nun ergänzend mitgeteilt, daß das unwürdige Verhalten in dem Verkehr erblickt wurde, den die Entlassenen mit staatsfeindlichen Elementen gepflogen haben sollen. Die Entlassung der fünf Matrosen und Unteroffiziere erfolgte dann auch prompt am 26. September 1929

ohne Angabe weiterer Gründe und ohne daß einer der Angeklagten persönlich vernommen

oder daß sie denjenigen gegenübergestellt worden wären, mit denen sie im „staatsfeindlichen Verkehr“ gestanden haben sollten.

Die Entlassung der Marineangehörigen, die zum Teil kurz vor der Vollendung ihrer zwölfsährigen Dienstzeit standen, und die alle tadellose Zeugnisse über ihre langjährige Dienstzeit vorweisen können, erfolgte ohne jede Abfindung. Die Entlassenen sind gezwungen, Arbeitslosenunterstützung zu beziehen. Alle haben gegen den Reichswehrminister die Klage eingereicht. Eine Ausnahme macht nur der Obermatrose Sontowski, der Kiel inzwischen verlassen hat und irgendwo in Mitteldeutschland arbeitet.

Für die Durchführung der Klage ist allen Entlassenen sofort das Armenrecht zugestimmt worden. Die Klagen werden in nächster Zeit vor dem Kieler Landgericht verhandelt.

In der Klage des Feldwebels hat das Gericht Beweisbeschluss erlassen. Der Feldwebel soll, wie nach Klageeinreichung endlich bekannt geworden ist, in einem „ausgesprochenen Kommunistsokal“ ständiger Gast gewesen sein. Tatsächlich ist er nie in diesem Lokal gewesen und außerdem verkehrte in diesem, von einem sozialdemokratischen Wirt geleitetem Lokal keine Kommunisten. Als zweites wird dem Feldwebel vorgeworfen, daß der Obermatrose Sontowski ständig bei ihm in der Wohnung verkehrt haben soll. Tatsächlich aber war Sontowski niemals da und es hat überhaupt kein Verkehr zwischen ihnen bestanden. Sontowski wird Verbindung mit der Roten Marine vorgeworfen.

Sehr bezeichnend ist übrigens, daß

die Entlassenen sich untereinander vor der Entlassung überhaupt nicht gekannt haben.

In einem Vorprozeß bezeichnete Justizrat Reese, der den Feldwebel verteidigt, das Vorgehen der Marineleitung als „hanebüchen“. Als der Rechtsbeistand der Marine vom Vorsitzenden die Rüge dieses Ausdrucks verlangte, kam der Vorsitzende dem nicht nach, trotzdem der Justizrat seine Meinung voll aufrecht hielt. Der Vorsitzende fragte aber den Marineanwalt, wo die Beweise der Marine wären. Der Rechtsanwalt mußte zugeben, daß es der Marine nicht möglich sei, andere Beweise herbeizuschaffen. Er erklärte auch, daß die Marine ihre Vertrauensmänner nicht befragen könne.

Ebenso wie der Fall des Feldwebels liegen auch die anderen Fälle. Die Marine verweist in allen Klagen auf ein „allgemeines Stimmungsbild“ über die in Kiel ermittelten Vorgänge bezüglich der kommunistischen Bewegung in der Reichsmarine. Dieses vorliegende „Stimmungsbild“ ist ein sehr deutliches Angstprodukt der Marineleitung. Irgendwelche positiven Angaben über Beziehungen der Angeklagten oder anderer Marineangehöriger findet man nicht darin.

Nach dem bisherigen Stand der Untersuchung dürften die Prozesse mit einer schweren Niederlage für die Marine enden. In eingeweihten Marinekreisen wird über die Methode der Marineleitung nur der Kopf geschüttelt.

Mordparteien an der Arbeit.

Wieder nächtliche Kämpfe zwischen Nazis und Kommunisten.

Die gestrigen Vorfälle in den Festhöfen am Märchenbrunnen sollten der Polizei erneut Veranlassung geben, Kundgebungen der Nationalsozialisten und Kommunisten noch schärfer als bisher zu überwachen. Die Waffensuche hat sich wiederum als durchaus berechtigt erwiesen. Es konnte eine große Anzahl gefährlicher Mordinstrumente beschlagnahmt werden.

Zur Ergänzung unserer Meldung im Morgenblatt teilen wir noch folgendes mit: Den Höhepunkt erreichte der Tumult, als in der Nationalistenversammlung ein kommunistischer Diskussionsredner zum Schluß ein Hoch auf die kommunistische Internationale ausbrachte. Das war das Signal zu einer allgemeinen Schlägerei. Dabei wurden Tische und Stühle zerbrochen, Fensterscheiben eingeschlagen, sowie mehrere Türen zertrümmert. Der angerichtete Schaden ist erheblich, zumal die Säle erst kürzlich renoviert worden sind.

Die Schlägerei konnte durch das Dazwischentreten eines starken Polizeiaufgebotes, bevor es zu einem ernstlichen Blutergießen gekommen war, beendet werden. Die unmittelbar darauf folgende Waffensuche verlief dann bis auf kleinere belanglose Zwischenfälle auch reibungslos. Bei fünfzehn Personen wurden Waffen vorgefunden, ein Teil der Anwesenden hatte sich ihrer rechtzeitig entledigt. Es wurden beschlagnahmt: 5 Pistolen mit Munition, 1 Magazin mit 7 Schuß, 4 Schreckschusspistolen, 10 Leuchtpistolen, 1 Kräftel, 7 feststehende Messer, 1 Dolch und 19 Schlagringe. Von den insgesamt 25 festgenommenen Personen wurden 10 noch gestern nacht wieder entlassen. Die übrigen 15 wurden im Polizeipräsidium behalten; sie werden sich wegen unbefugten Waffenbesitzes zu verantworten haben.



Dr. Max Quarch.

Der bekannte Sozialpolitiker und langjährige sozialdemokratische Abgeordnete, ist in Frankfurt (Main) verstorben. Zahlreiche Schriften zeugen von seinem tiefen Wissen und seiner umfassenden Kenntnis der Arbeiterbewegung. So das vor wenigen Jahren erschienene Quellenwerk über Stephan Born, so auch die soeben herausgekommene Geschichte des Handels, Transports und Verkehrs in Deutschland, die als Einführungsband zur Geschichte des Deutschen Verkehrsverbundes gedacht ist.

Bürgerblock mit Demokraten.

Kennzeichen einer neuen Entwicklung.

Die Vorgänge, die zur Zerrüttung der demokratischen Partei in Württemberg und wahrscheinlich darüber hinaus führen, bezieht der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Schumacher in einem Aufsatz, in dem es heißt:

Nach den Wahlen vom Mai 1928 hätte die Rechtsregierung Bazille-Bolz ihre Mehrheit von 42 unter 80 Mandaten verloren und sank auf 37, ja auf die Anfechtungsklagen einiger Splinterparteien hin auf 33 Mandate. Sie half sich von Fall zu Fall weiter, indem sie mal die vier Mandate des der Deutschen Volkspartei, mal die drei Mandate des Christlichen Volksdienstes und neuerdings auch die zwei Leute der Volksrechtspartei und den einen Nationalsozialisten für sich in Anspruch nahm. Die Vertrauensfrage zu stellen, war die Regierung Bolz-Bazille nicht in der Lage. Sie mußte sich darauf verlassen, daß aus Haß gegen die Sozialdemokratie bei direkten Mißtrauensanträgen ihr die Splitter oder wenigstens ein Teil von ihnen die Gefolgschaft nicht verlagern würden.

Die Mißtrauensanträge der Sozialdemokratie wurden dementsprechend mit 40 zu 36 Stimmen bei vier Ent-



Friedrich Payer.

der Senior der deutschen Demokraten, hat wegen der Rechtschwendung seiner Parteifreunde in Württemberg den Austritt aus der demokratischen Landesorganisation vollzogen.

haltungen abgelehnt. Gegen den Kultusminister Bazille brachten die Demokraten Mißtrauensanträge und bei diesen stimmte auch die Deutsche Volkspartei mit und verweigerte Bazille ihr Vertrauen, so daß er nur durch die einzigartige Geschäftsordnung des württembergischen Landtages, nach der die Enthaltung als kein gezählt wird, mit 39 gegen 40 Stimmen bei einer Enthaltung sich am Ruder halten konnte. Nach der Verfassung gestützt, durch die Geschäftsordnung geteilt, rief damals das „Stuttgarter Neue Tagblatt“, das heute einer der Haupttreiber für den Eintritt der Demokraten in die Bürgerblockregierung ist.

Der Stein kam ins Rollen durch die dauernden Versuche der vier Leute der Deutschen Volkspartei, offenen Anschluß an die Regierung zu bekommen. Die Demokraten befanden sich dabei in einer wenig beneidenswerten Situation. Ihre Wählerstimmen kommen überwiegend aus dem Lager des Handwerks und des Hausbesitzes. Deren demokratische Führer konnten sich aber der Konkurrenz ihrer engeren Berufsfreunde im Lager der Deutschnationalen und des Zentrums nur mit Mühe erwehren und wurden darum von Tag zu Tag regierungswilliger. Die Demokraten wurden unter dem Druck der Ereignisse immer pessimistischer. Gingen sie in die Regierung, dann veräußerten sie ihre ganze Politik und mußten mit dem Abfall der Lehrer, Intellektuellen, Arbeiter und Angestellten rechnen. Blieben sie jedoch draußen, dann ging nach ihrer Meinung ihr Mittelstand und Handwerk entweder zur Deutschen Volkspartei oder machte eine eigene Wirtschaftspartei auf, die in nennenswertem Umfang bis heute in Württemberg noch immer fehlt. Außerdem drängten verschiedene Industrielle, wie der Reichstagsabgeordnete Wieland-Ulm, der Landesvorsitzende Bruckmann-Heilbronn und andere mehr in die Regierung.

Das Wirtschaftsministerium, das der Zentrums-Bolz den Demokraten angehängt hat, ist eine völlig bedeutungslose Einrichtung, die bisher vom Justizminister Bayerle nebenher verwaltet wurde. Es hat keine eigene nachgeordnete Verwaltung und bildet das fünfte Rad an dem reaktionären Regierungsfarren.

Ein demokratisches Urteil.

Weder die Gründe des Austritts v. Payers aus der demokratischen Partei Württembergs noch die „Frankfurter Zeitung“ aus Stuttgart:

Die Tatsache, daß Friedrich von Payer sich von der demokratischen Partei Württembergs wegen des Eintritts der Partei in die Regierung Bolz-Bazille getrennt hat (und er ist natürlich keineswegs der einzige, der diesen Schritt getan hat), wird der Parteiführung vielleicht doch Zweifel darüber aufstellen lassen, ob sie die Lage in der Partei richtig beurteilt hat. Vor noch nicht langer Zeit stand der Parteivorstand auf dem Standpunkt, daß ein Eintritt in die bestehende Regierung nur dann in Frage kommen könne, wenn eine große Mehrheit innerhalb der Partei den Eintritt gutheißen würde. Am vorigen Sonntag aber wurde eine Mehrheit von nur wenigen Stimmen für ausreichend erachtet, um den Eintritt Hals über Kopf zu beschließen. Der Formulierung von Payers Entschluß darf man entnehmen, daß er für die württembergischen Landesorganisation seiner Partei den Rücken gekehrt hat, nicht aber der Deutschen Demokratischen Partei, deren erster Vorsitzender er ist. Die Tatsache, daß ein Kabinett, in dem Bazille ist, nun auch von der Zustimmung der demokratischen Landtagsfraktion getragen wird, wird auch für die demokratische Parteileitung eine peinliche Überraschung gemessen sein. Man darf wohl sagen, daß in den führenden Gremien der Partei, wo man bisher nur aus den Zeitungen über die Vorgänge unterrichtet ist, alles eher als Befriedigung darüber herrscht. Voraussetzlich wird sich der geschäftsführende Vorstand der demokratischen Partei demnächst mit dem Beschluß der württembergischen Demokraten beschäftigen.

Der Blutsonntag von Petersburg.

25 Jahre russische Revolution.

Es war vor 25 Jahren. Im Fernen Osten tobte der russisch-japanische Krieg. Als Ablenkungsmanöver gedacht, hat er gleich dem Krieg von 1854 nur die innere Fäulnis des morschen zaristischen Regimes enthüllt und damit den Revolutionsprozeß im Lande beschleunigt. Die Kriegsniederlagen hatten dem Prestige der Selbstherrschafft einen starken Schlag versetzt. Der „patriotische“ Kriegsruch zerstreute sich schnell. Die oberen Schichten der Gesellschaft gerieten in Bewegung. Der bürgerliche Liberalismus trat im November 1904 mit den zwar sehr bescheidenen politischen Forderungen auf. Aber der russische Liberalismus war kampfsüchtig, weil wortsüchtig. Das Volk war übrigens von seinem geschichtlichen Schicksal noch nicht ermüdet. Die liberal-bürgerliche Offensive verließ im Sande. Aber in derselben Zeit zeigten in der Volkstiefe unsichtbar neue Prozesse. Die Wirtschaftskrise, durch den unheilvollen Krieg verstärkt, hat die auch sonst schlechte Lage der Arbeiter ungemein verschlimmert. Die Unzufriedenheit wuchs. Sie fand aber keinen Ausweg. Die Hegalen sozialdemokratischen Organisationen waren unter dem zaristischen Terror zu schwach, um sich mit den breiten Arbeitermassen verbinden zu können. Die wachsende Unzufriedenheit der Arbeiter fand einsteifen für sich ein anderes Flußbett. Der Weg der Geschichte wollte es, daß dies Flußbett eine

Polizeiorganisation der Petersburger Arbeiter

war, die von der Okhrana für die Ablenkung der Arbeiterklasse von der Sozialdemokratie kurz vorher gegründet worden war. Der Weg der Geschichte ging noch weiter. Indem er den Polizeisozialismus zur prooffiziellen Gruppe im Prozeß des politischen Erwachens des russischen Proletariats machte, hat er gleichzeitig an der Spitze der polizei-sozialistischen Arbeiterorganisation einen Vertreter der Orthodoxen Kirche, dieser treuesten Stütze des Zarismus, gestellt: kein anderer als der Pape Gapon sollte die russische Arbeiterklasse zur Revolution führen. Wahrhaftig: die Wege der Geschichte sind unerforschlich. Es begann mit einer Kleinigkeit. In den Putilow-Werken wurden an der Jahreswende drei Arbeiter, Mitglieder der Gaponischen Arbeitervereinigung, entlassen, was unter der Belegschaft eine Entrüstung hervorrief. Gapon sah sich genötigt, für die Entlassenen einzutreten, um das Prestige seiner Organisation in den Augen der Arbeiter zu bewahren. Der Direktor der Putilow-Werke blieb aber unerbittlich: der Polizeisozialismus gefiel den Kapitalisten nicht. Am 3. Januar treten die Putilow-Arbeiter in den Streik. Es wirkte wie ein Funken im Pulverfaß. Am 6. Januar streikten bereits in Petersburg 140 000 Arbeiter, am 7. Januar hat der

Generalstreik das gesamte Petersburger Proletariat erfasst.

Die elf Abteilungen der Gaponischen Organisation wurden zu Mittelpunkten der Massenagitation. Auch die Sozialdemokraten, die durch die Bewegung überrascht wurden, begannen in den Gaponischen Versammlungen mit zunehmendem Erfolg aufzutreten. Gapon, der durch den Ansturm mitgerissen wurde, versuchte noch einmal den Uebergang der ausgewählten Arbeiterschaft zur Revolution zu vermitteln. Er hat den Gedanken einer Petition aufgedrückt, die die Arbeiter selbst dem Kaiserlichen-Jaren vor dem Winterpalais überreichen sollten. Die Arbeiter nahmen den Vorschlag Gapons mit Enthusiasmus an. Das naive Glauben an den Jaren war noch festest. Die Sozialdemokraten sahen von Anfang an ein, daß dieser Jarengang mit einer blutigen Katastrophe enden werde. Es scheint, daß Gapon selbst es schließlich erraten hatte. Durch die elementare Welle der Massenbewegung getragen, hat der Pape bereits selbst die Verbindung mit den Revolutionären gesucht. Unter dem Einfluß der Sozialisten wurden in der Petition an den Jaren radikalere Forderungen aufgenommen: Einberufung der konstituierenden Versammlung, das allgemeine und gleiche Wahlrecht, Bürgerrechte, Achtstundentag usw. In zwei, drei Tagen haben die Petersburger Arbeiter die Forderungen der Sozialdemokratie sich zu eigen gemacht. Aber diese revolutionären Forderungen sollten

Im Namen des Proletariats durch einen Popen dem Jaren überreicht werden.

Es geschah am 22. Januar. Bereits am Vorabend wurde bekannt, daß der Jar sich dem Volke nicht zeigen und die Volkspetition

mit Kugeln beantworten werde. Umsonst versuchten die Vertreter der Intellektuellen, u. a. Gorki, die Minister aufzusuchen, um das Unheil zu vermeiden. Vom Morgen an stellte Petersburg ein Kriegslager dar. Ueber 30 000 Mann Infanterie und Kavallerie wurden auf den Straßen der Hauptstadt in Kriegsbereitschaft aufgestellt. Aber die Arbeitermassen glaubten noch an „ihren“ Jaren. Aus allen Arbeitervierteln zogen in dichten Scharen wehrlose Arbeitermassen mit Frauen und Kindern, die Jarenporträts, die Heiligenbilder und die Kirchenfahnen vorantragend. An der Spitze des Putilow-Zuges ging Gapon selbst in der vollen Popen-tracht und mit dem Kreuz in der Hand. Mit Säbeln wurde dem Arbeitervolk begegnet, das voll naiven Vertrauens zu seinem Jaren ging, um Gerechtigkeit zu erlangen. Tausende von Arbeitern, darunter Frauen und Kinder, haben das Pflaster der Straßen mit ihrem Blut bestreut. So haben die Gorderagimenter nach dem Befehl des Jaren das An-den-Jaren-Glauben der Arbeiter zerstört.

„Wir haben keinen Jaren mehr!“

erscholl es aus den Reihen der entrüsteten Arbeiter. In den entlegenen Straßen versuchten die verzweifeltsten Arbeiter unter der Führung der einzelnen Revolutionäre die ersten Barrikaden zu bauen. Statt der Kirchenfahnen wehte auf einer Barrikade die rote Fahne der Revolution; statt der Petition hielten die Arbeiter Steine, Messer und Revolver in ihrer Hand. Die Barrikaden wurden bald weggefeuert, die Arbeiter zerstreut, die „Ordnung“ wieder hergestellt. Aber nicht der Revolution, die soeben geboren war, sondern dem Zarismus wurde am Blutsonntag ein Stoß versetzt, von dem er sich nie erholen konnte. Durch das ganze Land ging ein Sturm der Entrüstung. Eine spontane Streik- und Demonstrationswelle wälzte sich von Stadt zu Stadt. Der Zarismus wurde auf einmal isoliert. Alle Gesellschaftsschichten forderten Bürgerrechte und Konstitution. Die Forderungen der Petersburger Petition wurden zu Volksforderungen. Der 22. Januar war weder ein Aufruhr noch eine Revolution. Ueber der Blutsonntag wurde zum

Vorpiel der Revolution.

Das russische Proletariat ist auf einmal in den politischen Vordergrund als die Hauptkraft der Freiheitsbewegung getreten. Die Sozialdemokratie fand den Weg zu den breitesten Arbeitermassen. Das seltsame Zwischenpiel vom Polizeisozialismus und Arbeiterpopen ging zu Ende. Die revolutionäre Agitation begann in die Armee und Bauernschaft einzudringen. Im Juli wurde bereits auf dem Panzerkreuzer „Bolschewik“ die rote Fahne der Revolution gehißt. Die Revolution marschierte. Sie kam im Oktober 1905. Sie trug einen Volkscharakter. Aber ihre entscheidende Kraft war das Proletariat, ihre organisatorische Form der Arbeiterrat, ihre Kampfmaschine der Generalstreik. Die Bauernschaft regte sich aber zu langsam, die Armee war noch zarentreu. Der erste Revolutionssturm führte also nicht zum Sturz des Zarismus, sondern nur zum Halb Sieg. Im Jarenmanifest wurden sehr beschuldene Bürgerrechte und die Einberufung der Reichsduma etwa nach dem Muster der preussischen Dreiklassenkammer verkündet. Diese lärglichen Zugeständnisse genügten, um einen Teil der besitzenden Klassen, durch die drohende Agrarrevolution geschnitten, von der Freiheitsbewegung abzuspalteln. Der Zarismus ging von der Defensive zur Offensive über. Das russische Proletariat beantwortete im Dezember 1905 die Verhaftung des Petersburger Arbeiterrats mit einem Generalstreik und die Moskauer Arbeiter mit einem bewaffneten Aufstand, der im Blut erstickt wurde. Die Reaktion triumphierte. Es bedurfte des Weltkrieges und einer neuen Revolution, damit die Aufgaben der ersten von 1905 — Sturz des Zarismus, demokratische Republik, Entlassung des Großgrundbesitzers — gelöst werden konnten. Aber derselbe Weltkrieg, der die zweite russische Revolution entsetzt hat, wurde zu ihrem Verhängnis. Die Nachgreifung der Bolschewisten im Oktober 1917 wurde, wie es Trotzki bestätigt hat, nur durch das nie wiederkehrende Zusammentreffen der Verhältnisse, die durch den Weltkrieg geschaffen wurden, ermöglicht. Der Blutsonntag 1905 war nicht nur der Anfang der russischen Revolution. — Gleichzeitig wurde er zum Scheideweg des russischen und dann des internationalen Sozialismus. Peter Garwy.

Die Dollar-Fälscher.

Polizei vermutet ein großartig organisiertes Unternehmen.

Wie im „Vorwärts“ bereits gemeldet, ist es jetzt gelungen, nachzuweisen, daß über eine Anzahl deutscher Bankgeschäfte und Großbanken erhebliche Mengen falscher Dollars weitergeleitet worden sind. Die Berliner Polizei, die mit großem Eifer alle Spuren verfolgt, steht auf dem Standpunkt, daß es sich hier um ein ganz großartiges, wahrscheinlich über mehrere Länder verbreitetes Unternehmen handelt und daß bei der außerordentlich hohen Qualität der Falschnoten schon sehr erhebliche Beträge umgeföhrt worden sind, zum Schaden deutscher und amerikanischer Unternehmen und Bankinstitute.

Soweit sich die Dinge bisher übersehen lassen, ist der gesüchtete Franz Fischer alias Bogt nur ein Mitglied einer großen, sehr gut organisierten Fälscher-Gesellschaft, die Leute wie Bogt mit dem Abschlag des Falschgeldes wahrscheinlich in ganz Europa beschäftigt, und deren Zentrale bisher noch nicht festgestellt werden konnte. Allem Anschein nach ist das Papier, das zum Druck der falschen 100-Dollar-Scheine benutzt worden ist, aus Amerika eingeföhrt worden, denn die Fälschung und die Wasserzeichen sind so ausgezeichnet, daß selbst die Deutsche Bank und die Danabank keine Bedenken hatten, die falschen Dollars anzunehmen und weiterzugeben. Auch der Druck ist durchweg vorzüglich. Neben den bereits mitgeteilten Abweichungen im Medaillon auf der Vorderseite, hat man jetzt auch festgestellt, daß das Ratenbild der Rückseite Abweichungen enthält. Das Ratenbild verläuft nämlich nicht, wie bei den echten, vollkommen geradlinig, sondern es ist eine kleine, allerdings auch parallel laufende, turmenförmige Ausbuchtung wahrzunehmen.

Das Falschgeldbezernat der Berliner Polizei hat festgestellt, daß das Fälscherankortium mit mehreren Druckplatten gearbeitet und verschiedene Serien hergestellt hat. Ebenso wie die Unterschrift des Schatzsekretärs wechselte, wurden auch verschiedene Seriennummern benutzt, und zwar hat man ermittelt, daß hauptsächlich unter der Serienbezeichnung XII L und IV D Fälschnote hergestellt worden sind. Diejenigen Personen, die in der letzten Zeit 100-Dollar-Scheine in Empfang genommen haben, werden gut tun, diese bei der Falschgeldabteilung der Reichsbank prüfen zu lassen, da man auf diese Weise hofft, weitere Vertreter der Falschnoten zu ermitteln.

Sowjetwechsel für 15 Prozent.

Litwinof vor Gericht, er will nur auf Befehl gehandelt haben

Paris, 22. Januar. (Eigenbericht.)

Der erste Tag der Gerichtsverhandlung gegen den der Wechsel-fälschung angeklagten Bruder des russischen Volkskommissars Litwinof ist nicht über die Vernehmung Litwinofs selbst hinausgekommen. Dieser betonte in steigender Erregung, sowohl in französischer wie in russischer Sprache, daß er bei der Ausstellung der falschen Wechsel „nur als Soldat und auf Befehl“ gehandelt habe. Sein Mitangeklagter, der Bankier Joffe, erklärte, daß er über die Diskontierung der Wechsel ausschließlich mit dem damaligen Chef der russischen Handelsdelegation in Berlin, Turoff, verhandelt habe. Allerdings sei die Quittung für das Turoff als Gegenwert für die Wechsel ausschändigte Bargeld nur von Litwinof unterzeichnet worden. Doch habe er, Joffe, nicht protestiert, da man „mit solch hohen Beamten rücksichtslos umgehen müsse“. Daß er für die Wechsel nicht mehr als 15 Prozent des Barwertes gezahlt habe, sei normal. Der Wechsel hätte eine Laufzeit von 2 1/2 Jahren gehabt und niemand habe daher sicher sein können, ob die Sowjetregierung an ihrem Fälligkeitstage überhaupt noch existieren werde.

Ein Todesopfer des Autodiebes.

Der schwere Autounfall, der sich gestern Abend vor dem Hause Neue Kantstraße 15 ereignete, über den wir bereits ausführlich berichteten, hat jetzt ein Todesopfer gefordert. Die von dem Autodieb überfahrenen 56jährige Frau Aina Wenzel aus Charlottenburg, Königsweg 28/27, ist im Laufe der Nacht im Hülbergardenkrankenhaus ihren schweren Verletzungen erlegen. — Ein tragisches Geschick fügte es, daß auch der Schwager der Frau vor nicht allzu langer Zeit den Tod durch ein Auto fand. Im Juni vergangenen Jahres wollte der Mann einen kleinen Hund, den er auf dem Fahrband in einen Kraftwagen hineinlaufen sah, retten. Dabei wurde er selbst von einem nachkommenden Auto erfasst und tödlich verletzt. — Der festgenommene Autodieb, ein 23jähriger wohnungsloser Rudolf Tschagan, ist der Kriminalpolizei übergeben worden.

Weil seit Wochen kein Lohn gezahlt wurde, versuchten in Godes Arbeiter eine Fabrik zu stürmen. Mehrere kommunistische Redner wurden verhaftet.

Freie Bahn dem Tüchtigen.

Schickt befähigte Kinder in Aufbauschulen!

Viele Eltern wissen nicht, in welche der höheren Schulen Berlins sie zu Ostern ihre Kinder schicken sollen. Die Segen sind überfüllt, und ein allgemeines Wettrennen hat eingesetzt. Aber nur Geduld, ihr habt mit euren Kindern Zeit! Laßt sie die Volksschule bis zur Verlegung von der 2. zur 1. Klasse besuchen. Stellt sich dann heraus, daß sie in den letzten Jahren in der Volksschule gern, fleißig und leicht gelernt haben, dann schickt sie in eine der Aufbauschulen. Selbst nach vollendetem Volksschulbesuch, nach acht Jahren, können Schüler von ihnen noch aufgenommen werden.

Die älteste Aufbauschule finden wir im Zentrum Berlins. Sie ist als Aufbauschule aller Bezirke gedacht, tatsächlich sind dort Knaben aus 19 Verwaltungsbezirken. Sie liegt in der Inselstraße am Untergrundbahnhof „Inselbrücke“ und heißt: Köllnisches Gymnasium und Koempf-Oberrealschule. Beide Schulen sind reine Aufbauschulen und beginnen mit Untertertia. Der Lehrgang des Köllnischen Gymnasiums beginnt auf der gymnasialen Abteilung mit Latein in Untertertia, Französisch in Obertertia, Griechisch in Untersekunda. Freiwillig kann man auf der Oberstufe noch Englisch oder Hebräisch treiben. Die realgymnasiale Abteilung hat einen mit der Koempf-Schule gemeinsamen Unterbau. Hier beginnt in Untertertia Englisch, in Obertertia Französisch. Es ist also möglich, Schüler, die das erste Jahr der neu eingerichteten Aufbaufklassen hinter sich haben, noch in Obertertia aufzunehmen! Ab Untersekunda beginnt auf der realgymnasialen Abteilung, die sich nun absondert, Latein. Die andere Gruppe geht zur Oberrealschule weiter. Sie hat in Untersekunda drei Wochenstunden Handelskunde und später Volkswirtschaftslehre. Auf diesem Zweige überwiegen Mathematik und Naturwissenschaften. Alle drei Zweige führen in sechs Jahren zur Reifeprüfung und zum akademischen Studium. Leiter der Schule ist Genosse Dr. Kowerau.

Eine andere Aufbauschule für Knaben liegt im Bezirk Wedding. Das ist die dem grundsätzlichen Bessing-Gymnasium angegliederte Aufbauschule Panitzstraße 19, nicht weit vom Bahnhof Wedding. Sie hat den Charakter der deutschen Oberschule. Sie beginnt in Untertertia mit Englisch, als zweite Fremdsprache erscheint nach zwei Jahren Latein (in Untersekunda), von Obersekunda ab kann man noch Französisch oder Spanisch oder Hebräisch treiben. Der Schwerpunkt liegt in den kulturkundlichen Fächern: Deutsch, Geschichte, Erdkunde. Auch hier kann man nach sechs Jahren die zum Studium berechtigende Reifeprüfung machen. Leiter der Schule ist der Demokrat Dr. Freitag.

Eine Aufbauschule ausschließlich für Mädchen liegt im Bezirk Friedrichshain, Franzfurter Allee 37, nicht allzu weit vom Bahnhof Franzfurter Allee. Auch sie hat den Typ der deutschen Oberschule, ist aber selbständigen Charakters. In Untertertia beginnt sie mit Englisch, in Untersekunda erscheint die zweite Fremdsprache, man kann zwischen Französisch und Latein wählen. Die

Mädchen erreichen in sechs Jahren die Reife zum Studium. Leiterin der Schule ist die Genossin Gerhardt.

Der Bezirk Neukölln hat zwei Aufbauschulen. Das Kaiser-Friedrich-Realgymnasium, das später Karl-Marx-Schule heißen soll, verbindet eine grundsätzliche Schule mit einer Aufbauschule. Die Aufbauschule hat das Wesen der deutschen Oberschule, beginnt mit Englisch in Untertertia, mit Französisch in Untersekunda. In dieser Schule ist der Arbeitsunterricht am besten entwickelt, die kulturkundlichen Aufgaben stehen im Mittelpunkt. Leiter der Schule ist Genosse Dr. Karjen. Die Schule nimmt Knaben und Mädchen zu gemeinsamer Erziehung auf. Sie liegt in Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 208/210, nicht allzuweit vom Rathaus Neukölln. Die Käthe-Kollwitz-Schule, Richardplatz 14, liegt beim Bahnhof Neukölln, ist eine Aufbauschule für Mädchen, verbunden mit einem Lyzeum. Die Schule beginnt mit Französisch in Untertertia, mit Englisch in Untersekunda, hat auf der Oberstufe wahlfreien Vorkursunterricht. Sie hat den Charakter der deutschen Oberschule. Leiter ist Genosse Dr. Bängel.

Eine kleine Aufbauschule liegt noch im Bezirk Reinickendorf, auf der Insel Scharfenberg im Legeler See (Post Legelort). Leiter ist Direktor Blume. Die Schulschule hat etwa 70 Schüler, die dort wohnen, und gibt ihnen nach besonderen Kursen und Stundenarbeiten den Zugang zur Universität in jeder gewünschten Form. Auch Schüler höherer Schulen, die die Reife für Untertertia erhalten haben, können aufgenommen werden. Nach einer Probezeit entscheidet endgültig die Schulgemeinde über die Aufnahme. Meldungen vom Januar ab am Sonntagvormittag auf der Insel (Stroßenbahn 28).

Alle Aufbauschulen genießen besondere Unterstützung der Stadt für Fahrtkosten und Wirtschaftsbeihilfen. Für freie Vermittelung wird nach Kräften gesorgt. Das Schulgeld stiftet sich nach den allgemeinen Grundätzen. Ein Ehepaar mit zwei noch nicht verdienenden Kindern wird von Schulgeldzahlung befreit, wenn das Jahreseinkommen unter 3000 M. liegt. Für das Studium hat die Stadt nach Möglichkeit beigegeben, im letzten Etatsjahr für Aufbauschüler auf den Hochschulen allein 60 000 M.

In diesen Tagen geht an alle Volksschulen die Aufforderung, geeignete Kinder zu melden. Eltern, spricht mit den Klassenleitern und Direktoren! Die Schulen müssen nach einer Verfügung des Provinzialschulkollegiums auch dann die Meldung weitergeben, wenn sie selber das Kind für ungeeignet halten. Natürlich haben sie das Recht, ein solches Urteil zu begründen. Die Entscheidung liegt aber bei der aufnehmenden Schule. Die Meldungen für das Köllnische Gymnasium, die Koempf-Oberrealschule und die Aufbauschule am Bessing-Gymnasium gehen von den Schulen an das Stadthaus und müssen dort bis spätestens 20. Februar einlaufen. Die Eltern erhalten dann unmittelbar Nachricht, an welchem Tage sie die Kinder zur Aufnahmeprüfung schicken sollen.

Ein Schatz aus dem 30jährigen Kriege. Unterm Apfelbaum vergraben.

In Niederleebitz bei Leipzig war ein Häusler in diesen frühlingmäßigen Tagen mit dem Ausroden eines Stammes eines Apfelbaumes, der erkranken war, beschäftigt. Da stieß er auf einen großen Lontopf mit Silbermünzen, die sehr gut erhalten sind. Sie sind größer als unsere Fünfkronenstücke. Der Schatz stammt aus der Zeit des Dreißigjährigen Krieges und sollte damals vor dem Zugriff fremder Soldaten verborgen werden.

Am gleichen Tage wie in Leebitz wurde auch in Gula bei Bodenbach ein Lontopf mit Silbermünzen gefunden, deren Alter noch nicht feststeht. Diesmal aber entdeckte man den alten Schatz, als man einen alten Backofen umlegte. Die Münzen sollen hohen Sammlerwert besitzen.



Mittwoch, 22. Januar.
Berlin.

- 16.05 Prof. Dr. Alfred Doren, Leipzig: Vorkufer des Faschismus.
- 16.30 Zeitgenössische Dichtung. (Sprecher: H. Kasack.)
- 17.00 Tanz-Teo-Musik.
- 18.30 Jugend und Gegenwart. Beiträge von Fink, Ollner, Lampel u. a. (Sprecher: Eberhard von Wiese.)
- 19.00 Arlen, (Annieta Marwall, Alt. Am Flügel: Bruno Seidler-Winkler.)
- 19.20 Prof. Dr. Emil Ullitz: Aufstieg oder Niedergang unserer Kultur?
- 19.45 Schallplattenkonzert.
- 20.00 Wovon man spricht.
- 20.30 Von Köln: Der heitere Mittwoch.
- 22.30 Abendunterhaltung.

Königswusterhausen.

- 16.00 Rektor Fritz Westermann: Wie ich versuche den Rundfunk in den Dienst meiner Schule zu stellen.
- 16.30 Von Hamburg: Nachmittagskonzert.
- 17.30 Dr. W. A. Roon: Frauengestalten in der Oper.
- 18.00 Geh. Reg.-Rat Dr. Lippert: Privates Versicherungswesen.
- 18.30 Spanisch für Anfänger.
- 18.55 Dr. Jahnke: Gutes Deutsch.
- 19.20 William Wauer: Das Erlebnis als Kunstwerk.
- 20.30 I. „Semole“, Sinfonische Tondichtung. 38. Werk, für großes Orchester von Joseph Frischen. Dirig.: Der Komponist. II. „Das verlorene Paradies“, Sinfonische Dichtung in einem Prolog und drei Teilen für Sol., Chor, Orchester und Orgel. Musik von M. Enrico Bossi. Dirig.: Prof. Joseph Frischen. Chöre: Maximilian Albrecht, Berliner Funk-Orchester.

Wetter für Berlin: Weist neblig oder trübe bei wenig geänderten Temperaturen, schwache südöstliche Winde. — Für Deutschland: Heberoll ruhiges Wetter mit verbretelter Reibelbildung, besonders im Süden und Osten nachträglich.

Resonanzort, für die Redaktion: Wolfgang Schwan, Berlin; Anzeigen: E. Glade, Berlin; Verlag: Hermann Berlin G. m. b. H., Berlin; Druck: Hermann Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sinner & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2. S. 222 u. 223.

Betten-Fürst
Gegründet 1908
Elektrische Bettstellen, Kinderwagen, Bettfedern, Inletts
Fabrik für sämtliche Polstermöbel
Berlin-Neukölln, Hermannstr. 31-33
Tele: F 2 Neukölln 1424
Filialen: Berlin-Tempelhof, Berlinstr. 152
Britz, Chausseestr. 56 a.

SCALA
Täglich 8 u. 9 Uhr, Barbarossa 9256
Preis 1-6 M., Wochenp. 5 U. 50 Pf. - 3 M.
3 Sulfis, Cortina, 18 Fester-Girls, Austerlitz
& Arthur, Mac Wall, Florence & Grip usw.

PLAZA Tägl. 8 u. 9 Uhr
Sont. 2, 3 u. 8 Uhr
A'lex. 8066
INTERNAT. VARIÉTÉ

Planetarium am Zoo
Täglich 8 u. 9 Uhr
16 1/2 Uhr Die Wintersternebilder
18 1/2 Uhr Der Planet Jupiter
20 1/2 Uhr Merkwürdige Sterne (Sonne & Jupiter)
Eintritt 1 Mark, Kinder 50 Pf.
Mittwochs halbe Kassenspreise.

Theater I. d. Behrenstr. 53-54
A 4 Zentrum 926-927
Direktion Ralph Arthur Roberts
8 1/2 Uhr
Vater sein, dagegen sehr

Reichshallen-Theater
Abends 8 u. Sonntag nachm. 3
Das große Januar-Programm der
Stettiner-Sänger
Blücherstraße Zentrum 11 283
Dönhoff-Brettel:
Das Familien-Variété
16 Nummern, Konzert, Tanz

Renaissance-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
PARISER LEBEN
Operette von Offenbach
Regie: Gustav Hartung
Musikalische Leitung: Theo Mackeben.
Stummstr. 61 6981 u. 7582/84.

ROSE-THEATER St. Frankfurter
Straße 133
Teleph. Alexander 3423 u. 3404
Täglich 8 1/2 Uhr.
Sonntags 8 1/2 und 9 Uhr.
Die Czardasfürstin
mit der weltbekannt. Musik von
Emmerich Kálmán
mit Traute Roca in der Titelrolle
Regie: Hans Ross.
Von jetzt ab: Sonntag 8 Uhr
und Sonntag 2 30 Uhr
Der gestiefelte Kater
Vorkauf eine Woche vorher
von 11-1 und 4-9 Uhr.

Direktion
Jr. Robert Klein
Deutsches
Künstler-Theater
Barbarossa 3937
8 1/2 Uhr
„Eins, zwei, drei“
von Franz Molnar
mit Max Pallenberg.
Vater:
SOUPER
Berliner Theater
Dönhoff 170
Geschlossen.
Freitag, 24. Jan.
7 1/2 Uhr
Deutsche
Uraufführung
Die Straße.

Operettenhaus
Alte Jakobstr. 26/32
(Zentral-Theater)
Täglich 8 1/2 Uhr
**Der Soldat
der Marie**

Barnovsky-Ebner
Theater in der
Königsplatz-Strasse
Täglich 8 1/2 Uhr
**Die erste
Mrs. Selby**

Komödienhaus
Täglich 8 1/2 Uhr
**Der Lügner
und die Nonne**
mit Curt 982

Komische Oper
Friedrichstr. 104.
Markus 1401/4330.
Allabendlich 8 1/2 U.
Holla di Bulla
Sowas von Arnold und Bach.

Lustspielhaus
Friedrichstr. 236.
Bergmann 2922/23.
Täglich 8 1/2 Uhr
**Liebe auf den
zweiten Blick**

Theater. Lichtspiele usw.

Mittwoch, 22. 1 Staats-Oper Unter d. Linden Fell-Ab. A. M. 8 u. 8 1/2 Jahres-A.V. 8.21 19 1/2 Uhr Die Nacht des Schicksals Ende n. 23 1/2 Uhr	Mittwoch, 22. 1 Städt. Oper Bismarckstr. Turnus II 19 1/2 Uhr Fedora Ende 22 Uhr
Staats-Oper Am Pl. d. Republ. Vorst. 14 20 Uhr Salome Ende n. 21 1/2 Uhr	Staatl. Schauspiel. am Gendarmenmarkt St. R. V. M. No. 4 Jahres-A.V. 8.19 Oedipus Ende geg. 22 1/2 U.

Staatl. Schiller-Theater, Charit.
20 Uhr
So und so, so geht der Wind
Ende gegen 22 1/2 Uhr

8 1/2 Uhr **CASINO-THEATER** 8 1/2 Uhr
Leibnizstr. 57.
Nur noch bis 22. Januar 1930
Familie Hannemann
Donnerstag, den 23. Januar 1930
zum 1. Male
Seine Hohheit der Bettler.

Gutscheine 107 1-4 Personen
Paare nur 1.25 M., Sessel 1.25 M.,
Sonnige Preise: Parkstr. u. Rang A 50 M.
GROSSES SCHAUSPIELHAUS
8 Uhr.
3 Musketeiere
Regie: ERIK CHARELL.
3 Sonntag nachm. ungek. tolle Pr.

**Winter
Garten**
8.15 Uhr. 2619 Stunden erstant
Original 18 Lawrence Tiller-Girls
Paul Westermeyer, Frost & Yvonne etc.

Volkstheater
Theater am Silberplatz.
8 Uhr
Uraufführung
Apollo.
Brunnenstraße
Vollstück von
Großmann
und Hessel.
Musik: Theo Kribbe.
Regie: Jürgen Pabst.
Staatl. Schiller-Th.
8 Uhr
**So und so, so
geht der Wind**
Theater am
Sollnauerdamm
8 1/2 Uhr
Die Gartenlaube
Staatoper am Platz
der Republik
8 Uhr
Salome

Deutsches Theater
O. L. Norden 1231
Tägl. 8 1/2 Uhr
Zum 100. Male
**Der Kaiser
v. Amerika**
von Bernard Shaw
Regie: Max Reinhardt

Kammerspiele
O. L. Norden 1231
8 1/2 Uhr
Letzte Aufführungen
Désiré
Komödie
von Sacha Guitry
Regie: Leo Mittler.
Die Komödie
11 Bismck. 2414/7516
Täglich 8 1/2 Uhr
Letzte Aufführungen
vom Teufel geballt
von Knut Hamsun
Freitag, 24. Januar
7 1/2 Uhr
Neuestudierung
Victoria
von S. Maugham.
Regie:
Max Reinhardt.

**Wenn zwei sich vereinen,
freut sich der Dritte**

Da stehen wir Schulter an Schulter — einst
zwei Firmen — jetzt ein Name — und wer freut
sich darüber.. die Raucher unserer Ulmenried
und Rarität. Denn es will schon etwas heißen,
wenn zwei Firmen ihre Erfahrungen und ihr
Können zusammentragen, um das gute Alte
zu etwas noch besserem Neuen zu gestalten.

„Eckstein-Halpaus“ ist unser Name
„Die Doppelenle“ unser Wahrzeichen

ULMENRIED 5 PFG.
RARITÄT 4 PFG.
sind unsere Marken.

Arbeit und Brot für alle?

Vorschläge zur Erwerbslosenfrage

Wir beginnen heute mit der Veröffentlichung der Diskussionsbeiträge zur Erwerbslosenfrage. Zusammenfassend lassen sich aus den Zuschriften folgende Vorschläge herausheben:

1. Nach dem Vorbild des Militärdienstjahres ist ein Pflichtdienstjahr einzuführen, durch das der Arbeitsmarkt wesentlich entlastet und dem Staat für Arbeiten, die im öffentlichen Interesse liegen, Arbeitskräfte zugeführt werden.
2. Verbot der Ueberstunden, der Heimarbeit und des Doppelverdienens, Verkürzung der Arbeitszeit, Zwangspensionierung aller 60jährigen Arbeitskräfte.
3. Bereitstellung erheblicher Mittel zur systematischen Beschaffung und Vergütung von Arbeiten.
4. Maßnahmen zur Steigerung der Warenausfuhr.
5. Ausbau der Berufsschulen und Umstellung des Schulwesens mit dem Ziel, Spezialisten heranzubilden, da der Spezialist im Erwerbsleben heute die besten Chancen hat.
6. Ausbau der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Unternehmungen zwecks Entlastung des Arbeitsmarktes.

In einer Zuschrift wird darauf hingewiesen, daß, wie es während des Krieges möglich war, im Interesse der nationalen Verteidigung ganze Industriezweige stillzulegen oder umzustellen, es heute nicht unnötig sein sollte, auf dem Geheißwege zwecks Behebung der Arbeitslosigkeit in den Produktionsprozeß einzugreifen.

Soweit der Ueberblick über die Zuschriften in ihrer Gesamtheit. Wir lassen nunmehr einzelne Zuschriften ganz oder im Auszug folgen.

Stärkt die Gewerkschaft!

Es reden und schreiben die Menschen viel über die Arbeitslosigkeit — der anderen. Den Betroffenen ist aber damit nicht geholfen. Die Zahl der Arbeitslosen vermehrt sich von Tag zu Tag, und die Sache kann über kurz oder lang folgen haben, die für das ganze Wirtschaftsleben höchst unerfreulich sein können. Noch verhält sich die große Masse der Erwerbslosen abwartend, vegetierend — von den paar Mark „Unterstützung“. Rot und Verzweiflung ist aber ein sehr gefährlicher Gärtling. Noch hoffen viele, daß es bald besser werden könnte, aber allmählich greift die Ueberzeugung Platz, daß die Krisis zur Dauererscheinung wird. Worauf ist auch zu hoffen? Auf das Unternehmertum? Nein! Da ist nichts zu erwarten. Hier steht über allen Handlungen das Wort: Profit. Des Profits wegen wird rationalisiert, wird rücksichtslos abgebaut, Lohn gekürzt, immer mehr aus dem einzelnen herausgeholt. Von der Seite ist eine durchgreifende Abhilfe nicht zu erwarten.

Wer hat nicht der Staat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß „jedem Deutschen die Möglichkeit gegeben wird, seinen Unterhalt durch wirtschaftliche Arbeit zu erwerben“? So steht es wenigstens im Artikel 163 der Reichsverfassung. Die Laten der Regierung und vieler anderen Stellen (Schacht!) sehen wahrhaftig nicht danach aus. Der Staat hat nicht nur eine formale, sondern auch eine stützliche Pflicht, für Arbeitslosigkeit zu sorgen und damit auch den volkswirtschaftlichen Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Was nützt aber alles, wenn wir die Feststellung machen müssen, daß der heutige Staat, in dem dank der Zerpfitterung der Arbeiterklasse die Interessentretreter des Privateigentums das Uebergewicht haben, nur Unzureichendes zur Abstellung der Mißstände tun kann. Solange dieser Zustand besteht, ist auch von dieser Seite nicht viel zu erwarten, und die Arbeiterklasse muß sich selbst helfen. Was soll nun getan werden, um eine allgemeine Katastrophe, unter der die arbeitende Bevölkerung am meisten zu leiden hätte, zu verhindern? Wenn Staat und Unternehmertum versagen, muß die wirtschaftliche Macht der organisierten Arbeiterklasse, die Gewerkschaften, eingeschaltet werden. Gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt haben die Gewerkschaften mit aller Kraft den neuen Zielen, die in Hamburg im Jahre 1928 im Mittelpunkt der beiden Kongresse standen, zuzustreben:

Verstärkung und Ausbau des Einflusses in allen — besonders den wirtschaftspolitischen — Körperschaften;

Errichtung und Erweiterung der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Wirtschaftsunternehmungen.

Hier kann und muß die organisierte Arbeiterklasse einsehen. Die Grundlagen und Anfänge sind da. Viele Zehntausende von Arbeitern und Angestellten sind bereits in Eigenunternehmungen der Arbeiterklasse beschäftigt bei besseren Bedingungen als ihre Genossen in der Privatwirtschaft. Kürzere Arbeitszeit, mehr Lohn, ausreichender Urlaub, vorbildliche hygienische Einrichtungen und trotzdem Qualitätsleistungen und Konkurrenzfähigkeit. Wir müssen nur den Mut haben, das Vorhandene auszubauen; Menschenmaterial ist dank der vorbildlichen Erziehungsarbeit der Gewerkschaften in den eigenen Reihen in bester Qualität vorhanden. Auch finanziell ist die organisierte Arbeiterklasse eine Macht, deren Gewicht in weit stärkerem Maße als bisher in die Waagschale gelegt werden muß. Der Gedanke der Selbsthilfe muß so oder so in die Tat umgesetzt werden, denn nur dann kann dem Wirtschaftswirrwarr ein Ende bereitet werden. Die Arbeiterklasse hat kein Vertrauen mehr zur Privatwirtschaft, sie ist dabei, das Vertrauen auch zum Staat zu verlieren, und es bleibt nur der einzige Ausweg, durch eigene Kraft das Schlimmste zu verhindern. Die Gewerkschaften sind der berufendste Faktor, die Mittel und Wege zu zeigen und zu führen, bevor es zu spät ist und das Volk von Demagogen der einen oder anderen Seite auf falsche Bahnen geführt wird. Hunger ist der größte Repositionär.

Das nächste Ziel muß unter Zurückstellung aller anderen Forderungen die Unterbringung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß sein. Selbst die Frage des Lohnausgleichs bei einer

allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit muß unter Umständen zurückgestellt werden. Wenn auch bei allen von der Verkürzung der Arbeitszeit betroffenen Arbeitern ein Sinken des Existenzminimums eintritt, so ist auch dies nur scheinbar. Für die Gesamtheit der Arbeiterklasse ist bei einem ständig großen Arbeitslosenheer das Existenzniveau jenseits stark herabgedrückt. Mit anderen Worten: es tritt nur eine gleichmäßigere Verteilung des Lebensstandards ein. Es muß doch einleuchtend sein, daß es besser ist, zunächst — bis die Verhältnisse anders gestaltet werden können — allen den Lohn für 40 Arbeitsstunden in der Woche geben zu können, wie einem Teil die farge Unterstützung, während der andere Teil 8 und mehr Stunden in der Woche arbeitet und so ein dauerndes Wechselspiel vor sich geht.

Ein solches Beispiel von sozialpolitischem Verständnis und zugleich von praktischer Massensolidarität finden wir bei den Lindcar-Fahrradwerken (die große Fahrradfabrik der Gewerkschaften) in Berlin-Nichtenrabe. Als Normalarbeitszeit ist dort schon längst tariflich die 45-Stunden-Woche festgelegt. Ueberstunden sind verpönt und werden, wenn sie sich (bei Reifensarbeiten) nicht umgehen lassen, durch entsprechende Freizeit ausgeglichen. Die Arbeiterklasse hat nun im Einvernehmen mit dem Deutschen Metallarbeiterverband beschlossen, nur 40 Stunden in der Woche zu arbeiten, um möglichst vielen Arbeitskollegen Beschäftigungsmöglichkeit zu verschaffen. Sie bringt damit gewiß ein Opfer, aber die Solidarität mit ihren arbeitslosen Genossen steht ihr höher. Es darf bei dieser Gelegenheit hervorgehoben werden, daß dieses Arbeiterunternehmen von Jahr zu Jahr einen stets wachsenden Aufschwung nimmt, während alle anderen Fahrradfabriken sich in hoffnungsloser Krise befinden. Im Vorjahre waren über 500 Arbeiter und Angestellte beschäftigt bei einer Tagesproduktion von mehr als 600 Fahrrädern. Würde das Beispiel der Lindcar-Werke überall nachgeahmt, so hätte jeder Arbeit, jeder Brot, jeder könnte menschenwürdig leben.

Stärkt die Gewerkschaft! Stärkt die Gewerkschaften, dann schwindet die Not, aber wenn sie nicht ganz zu bannen ist, wird sie wenigstens gleichmäßig verteilt. Kein Unternehmer, keine Obrigkeit, nur die Arbeiterklasse selbst kann sich befreien.

H. Kögler.

Mißstände im Schneiderberuf

Ich bin von Berlin Schneider. Zur Zeit sind in unserem Beruf in Berlin 7699 Schneider, Zuschneider und 26 134 Näherinnen erwerbslos. Woher kommt das? Einerseits infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage der gesamten arbeitenden Bevölkerung, andererseits durch empörende und schädlichen Raubbau dieser Kollegen an ihrer Arbeitskraft, erzwungen vom Unternehmer, um dessen Profitgier zu befriedigen. Wie steht es nun mit den eben genannten Dingen? Die wirtschaftliche Lage ist, wie schon gesagt, schlecht, sehr schlecht. Das sieht man am besten auf den Wohlfahrtsämtern. Während vor dem Kriege der deutsche Arbeiter am besten gestellt war, ist das heute nicht mehr der Fall. Man kann das hauptsächlich auf den Arbeitsnachweiser beobachten. Selbst auf unserem Nachweiser trifft man Kollegen, die ziemlich abgeriffen aussehen; fragt man sie dann, ob sie keinen besseren Anzug haben, so wird dies verneint, und zwar mit der Begründung, daß sie in den letzten Jahren viel ausgehen mußten und daher nicht in der Lage waren Neuanfassungen zu machen. (Hauptsächlich trifft das bei den älteren Kollegen zu.) Wenn es nun schon so im Schneiderberuf ausliegt, wo der Arbeitslohn erspart wird und die Bekleidungsstück billiger stellt, wie muß es erst bei den Arbeitern anderer Berufsgruppen mit der Kleidung aussehen? Es gibt allerdings eine Gruppe von Arbeitern, auf die meine Ausführungen hierüber nicht zutreffen, aber diese ist nur klein. Ich sage also, bei der großen Masse ist ein Bedürfnis an Kleidung vorhanden.

Wie und wann wird nun der Bedarf gedeckt? Man kauft beim kleinen Meister oder im offenen Geschäft meist zu den hohen Feiertagen, wie Ostern und Pfingsten. Dieser Umstand, die Konjunktur des Bedarfes zu bestimmten Jahreszeiten wirkt sich ungünstig auf unseren Arbeitsmarkt aus — und nun komme ich zum Kern der Sache und will den Schaden in unserem Berufe untersuchen, der so viele Kollegen, und es sind bestimmt nicht die schlechtesten, arbeitslos bzw. zu Saisonarbeitern macht. Man muß drei Gruppen von Arbeitnehmern unterscheiden: Werkstattarbeiter, Zwischenmeister und Heimarbeiter. Der Werkstattarbeiter ist in Betrieben beschäftigt, die vom Unternehmer errichtet sind. In diesen Betrieben, in denen teils in Wochenlohn, teils in Akkord oder auf Stück gearbeitet wird, werden die tariflich festgelegten Arbeitszeiten innegehalten, auch wird der Wochenlohn nach dem Tarif gezahlt. Leider gibt es nicht viele solcher Betriebe, trotzdem der Verband darauf hinwirkt, daß solche errichtet werden.

Die Heimarbeiter sind durch ihre Indifferenz der Organisation gegenüber der Natur der Unternehmer ausgeliefert. Diese müssen wir auch in zwei Gruppen teilen, und zwar in die eine, die dem Arbeitgeberverband angehört, und die andere, die keinem Verbande angehört. Die letzteren sind die schlimmsten. Während die dem Arbeitgeberverband angeschlossenen Unternehmer sehr häufig versuchen, Serienverschiebungen vorzunehmen, um es unorganisierten Arbeitgebern ansichtslos. Ich muß darauf hinweisen, daß in der Herranzonktion 6 Serien vorhanden sind: In der ersten Serie kostet das Stück 11 M., in der letzten nur noch 4,30 M. Dazwischen liegen abgestuft die anderen Serien. Nun stelle man sich vor, daß ein Heimarbeiter, der beispielsweise für einen Sack 16 M. bekommen möchte, tatsächlich 10—11 M. erhält. Er wird also am Stück um 5 bis 6 M. betrogen. Will er wöchentlich 50 M. verdienen, macht das 25 M. aus. (Das ist keine Uebertreibung, sondern die nackte Wahrheit. Schreiber dieser Zeilen hat im Frühjahr vorigen Jahres beim Arbeiterverband mit Hilfe des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes sein Geld nachgezahlt erhalten.) Was folgert nun daraus? Der Heimarbeiter muß, um sich und seine Familie ernähren zu können, 14 Stunden und mehr arbeiten. Wo, oder Wochentag? Wäre ein Gesetz vorhanden, das derartige Machinationen

wie diese Serienverschiebungen bestraft, so könnten zwei Mann hieran arbeiten und den ihnen zustehenden Tariflohn verdienen, d. h. 50 Prozent Schneider weniger wären arbeitslos.

Nun kommen wir zu den Zwischenmeistern. Diese sind ein Kapitel für sich. Zur Ehre einzelner sei es gesagt, daß sie sich bei der Bezahlung ihrer Leute an den Tarif halten, aber das Gros? Der Zwischenmeister erhält die Arbeit vom Geschäft unter denselben Lohnbedingungen wie der Heimarbeiter. Man hat zu unterscheiden. Zwischenmeister für Großstücke und für Kleinstücke. Der erstere arbeitet mit mehreren Leuten, die mit spezialisierten Arbeiten beschäftigt sind und im Teilakkord stehen, d. h. für eine bestimmte Arbeitsleistung gibt es den entsprechenden Lohn. Hierbei kann man so recht sehen, welche Blüten das Teilakkordsystem treibt. Ist reichlich Arbeit vorhanden, und das ist in der sogenannten Saison der Fall, dann werden nicht etwa mehr Kollegen eingestellt, wie man es vom gesunden Geschäftspunkt für richtig hält, sondern jeder würgt, was er eben kann und solange es irgend geht. Reicht der Tag nicht, wird die Nacht zu Hilfe genommen, das Resultat: die Arbeit wird förmlich aufgestreut. Hier zeigt sich so recht der Egoismus des einzelnen. Geld, nur Geld! Diese Kollegen ziehen nicht in Betracht, daß sie außer ihrer Gesundheit noch die gesamte Kollegenchaft schädigen.

Bei den Kleinstückzwischenmeistern ist es noch schlimmer. Gewöhnlich beschäftigen diese außer einem Bögler im Hause nur Frauen außer dem Hause. Die Frauen sind meistens verheiratet und verdienen etwas zu ihrem Wirtschaftsgeld hinzu, die Tarife sind jedoch fast allen unbekannt und die Arbeitszeit richtet sich nach der Arbeit.

Rechnlich wie in dieser Branche liegt es in allen anderen Branchen unseres Berufes.

Nun diesem von mir Angeführten wird man ersehen, daß hier sehr vieles anders werden muß. Infolge der großen nicht organisierten Masse sind meines Erachtens die Verbände noch nicht in der Lage, helfend einzugreifen, sondern der Staat müßte hier gesetzgeberisch wirken. Hierzu würde ich mir folgende Vorschläge erlauben:

1. Errichtung von Betriebswerkstätten,
2. Abschaffung der Heimarbeit,
3. Bis zur Abschaffung der Heimarbeit eine Kontrollkommission einzusetzen, die darüber zu wachen hat, daß kein Arbeiter mehr Arbeit erhält, als er in 48 Stunden schaffen kann.

Wenn diese, von mir gemachten Vorschläge durchgeführt sind, wäre das ein Fortschritt innerhalb unseres Berufes. Der Arbeitsmarkt würde entlastet, die Zahl der Unterstützten sinken, so daß der Staat sparen könnte.

Paul Geitner.

Was zu beachten wäre

Im „Arbeiter ohne Arbeit“ wird mit keinem Wort der Kurzarbeiter gedacht, von der, wie die Gewerkschaften nachweisen, ein erheblicher Prozentsatz ihrer Mitglieder betroffen wird. Und nicht nur die organisierten. Nun sind zwei Dreitagearbeiter gleich einem Arbeitslosen zu rechnen, drei Viertagarbeiter desselben usw. Die Zahl der Erwerbslosen ist also höher anzunehmen als die Statistik ergibt.

Ferner ist die Rationalisierung noch lange nicht abgeschlossen. Deutschland besitzt 72 Fabriken, die Kaffeemühlen herstellen; Deutschland besitzt etwa 40 Proz. mehr Fabriken, die Drehbänke herstellen, als das weit größere Amerika. Das Erwerbslosensheer hat also weiteren Zuwachs zu erwarten.

Es kann direkt von einer Massenarbeitslosigkeit gesprochen werden und diese ist, abgesehen von Frankreich und Australien, in letzterem durch scharfe Einwanderungsbestimmungen verhindert, international. Amerika hatte selbst zur Zeit seiner letzten Hochkonjunktur zirka eine Million Arbeitslose, heute drei Millionen. Weltweit ist nach den Erfahrungen der letzten Jahre diese Massenarbeitslosigkeit als Dauerzustand zu betrachten.

Der „Abend“ hat die Dampfwalze der Ueberstunden erwähnt. Soweit diese insbesondere bei Bahn und Post, also Erwerbsunternehmern, geleistet werden, sind sie zu verurteilen, sind sie zu vermeiden durch Einstellung neuer Kräfte. Doch würde dies den Arbeitsmarkt nur um einige zehntausend entlasten, also nicht erheblich. Anders liegen die Verhältnisse bei den Verwaltungsbehörden usw. Da muß festgestellt werden, daß der Beamtenschatz Deutschlands und seiner Länder im Verhältnis z. B. zu England ein wesentlich größerer ist. Die in den nächsten Jahren durchzuführende Verwaltungsreform wird auch hier Kräfte freimachen, die dem Arbeitsmarkt zufließen.

„Aber wie helfen?“

Umschulung, Weiterbildung, Gewährung von Darlehen, Gründung von produktiven Kooperativen usw.; alles dies sind nur sehr dürftige Befehle, die ganz wenigen wirklich zum Vorteil gereichen.

30 Jahre lang hieß es: „Wir fordern den Achtstundentag!“ Die internationale Massen- und Dauerarbeitslosigkeit beweist, daß der Achtstundentag überholt ist. Es muß jetzt heißen: Herunter mit der Arbeitszeit; zugunsten der Erwerbslosen und Krisenunterstützten, die ungeschult bei jedem in Arbeit Stehenden zu Gast sind.

Es muß weiter heißen: Herabsetzung der Altersgrenze von 65 auf 60 Jahre, Erhöhung der Altersrente. Ist es z. B. nicht hoch, wenn trotz Rationalisierung sich noch zahlreiche, über 65 Jahre alte Arbeiter ihre Arbeit erhalten konnten, während die Jugend unberührt, erhalten diese Alten zu ihrer Rente ganz oder doch einen erheblichen Teil dessen, was ein jugendlicher Erwerbsloser erhält, so würden sie ihren Lebensabend in Ruhe verbringen und Jüngere könnten in Arbeit treten.

Erwähnt mag noch werden, daß vor zwei oder drei Jahren ein Professor in einem Rundfunkvortrag äußerte: Die Welt könne existieren, wenn jeder nur drei Stunden täglich arbeite. F. M.

Russisch-türkisches Bündnis.

Die Demonstrationsfahrt der Sowjetschiffe.

Im Juni vorigen Jahres hat ein fast drei Duzend Flugzeuge betragendes italienisches Geschwader einen Demonstrationsflug über Stambul und Sebastopol unternommen, was in der internationalen Meerengenkommission, die in Stambul tagte, erhebliches Aufsehen erregte. Vor einigen Tagen sind zwei Kriegsschiffe der sowjetischen Ostflotte demonstrativ — trotz der Neutralisierung der Meerengen durch den Vertrag von Lausanne — durch die Dardanellen ins Schwarze Meer gefahren. Diese Fahrt ist im Einverständnis mit der Türkei unternommen worden.

Schon in dem Frieden von Brest-Litowsk zeigte die Sowjetregierung ein weitgehendes Entgegenkommen der Türkei gegenüber in den transkaukasischen Territorialfragen (Abtretung der Gebiete von Kars, Ardahan und Artwin). Man wende nicht ein, dies wäre lediglich ein Nachgeben gegenüber den damals siegreichen Zentralmächten gewesen, mit denen die Türkei ja verbündet war. Denn die Freundschaftspolitik gegenüber der Türkei wird auch im Laufe aller der seither verfloffenen Jahre bis in die Gegenwart hinein verfolgt: russisch-türkischer Freundschaftsvertrag am 16. März 1921, Neutralitäts- und Nichtangriffsvertrag am 17. Dezember 1925, Militärentention im Sommer 1926 und erst vor kurzem die Wiedererneuerung des Abkommens von 1925 bei dem Aufenthalt Karachans in Angora vor Weihnachten 1929. Diese Politik hat für die Moskauer Machthaber den Vorteil, daß durch die türkische Bundesgenossenschaft den Unabhängigkeitsbestrebungen der beiden transkaukasischen Grenzrepubliken der Sowjetunion Georgien und Armenien ein Regel vorgeschoben wird. Bekanntlich hat die Türkei bereits 1920 bei der Unterwerfung der genannten Länder Moskau nicht unerhebliche Hilfsdienste geleistet. Neben darüber hinaus erschien der Staat

keineswegs in den Augen Moskaus als etwas noch viel größeres: als Vorkämpfer der Orientbewegung, als berufener Beförderer der panasiatischen Lösung und daher zugleich auch als Sturmbock der Sowjetunion selbst gegen die Mächte des Westens. Daher das in Moskau geschlossene türkisch-osmanische Abkommen des Jahres 1921, daher das auf Sowjetrußlands Betreiben im Mai 1926 zwischen der Türkei und Persien geschlossene Freundschaftsabkommen, und daher auch jene große, demonstrative Zusammenkunft der Delegierten all dieser asiatischen Länder unter der Führung Rusbis-Bens und Tschitscherins in Odessa im November 1926, die viel Aufsehen erregte, aber sich im Grunde nur als eine äußere Demonstration erwie.

Und hier kommen wir zu dem Punkt, an dem sich ja die ganze russisch-türkische Freundschaft als tragwürdig erweist: es ist die bewusste Stellung der neuen Türkei zwischen dem Osten und dem Westen, die sie zu einer lazierenden, also keineswegs ruhländertreuen Politik veranlaßt. Einer der besten Orientkennner der Sowjetregierung selbst, nämlich der vor einigen Jahren verstorbenen Michael Pawlowitsch-Weitmann, der Gründer und Leiter des Moskauer Orient-Instituts, hat bereits in seiner 1920 erschienenen Schrift über die „Fragen der National- und der Kolonialpolitik und die III. Internationale“ es klar ausgesprochen, daß das sowjetrussische Bündnis mit Kemal-Pascha „unzuverlässig“ sei, weil dieser sich nicht von der Treue gegenüber Sowjetrußland, sondern lediglich von seinem eigenen Vorteil leiten lassen. Die Politik der Türkei lieferte wiederholt den Beweis der Richtigkeit dieser Anschauung. Bereits im Oktober 1921 kam es zu einer Annäherung zwischen Angora und Paris, weil dieses das Recht der Türken auf Smyrna und Thrazien anerkannte. Als

dagegen der Völkerbund in seiner Herbstsession im Jahre 1925 die türkischen Ansprüche auf Moskau nicht anerkannte, kam es noch im gleichen Jahre zu einer neuen Annäherung der Türkei an Sowjetrußland, die in dem oben erwähnten Vertrag vom Dezember, 1925 „besiegelt“ wurde. Doch nicht auf lange Dauer! Die drückende finanzielle Not zwang die Türkei schon im Juni des nächsten Jahres (1926), sich mit England in der Moskau-Frage zu einigen, worüber in der Sowjetpresse sich ein großes Geheul ob des türkischen „Verrates“ erhob und dem Moskau-Frieden sogar, wie einst dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk, der Vorname eines „Schandfriedens“ beigelegt wurde. Dies hinderte aber keineswegs, daß noch im November desselben Jahres, als die Türkei sich von einer englisch-italienischen Annäherung bedroht glaubte, die Zusammenkunft zwischen Tschitscherin und Rusbis-Ben zustande kam!

Heute nun hat sich das Blatt wieder gewendet. Italien betreibt eine ausgesprochene Politik der Annäherung an die Türkei. Auf der anderen Seite hat sich Italiens Verhältnis zu England seit dem Abtritt Chamberlains und dem Antritt Macdonalds merklich abgeändert. Damit trifft aber auch auf türkischer Seite eine Enttäuschung an England zusammen, von dem man eine beträchtliche finanzielle Hilfe erhoffte, die aber das an eigenen Finanznöten leidende England wohl nicht zu leisten vermochte. In dieser Situation kam Karachan nach Angora, und zwar nicht nur um das Abkommen von 1925 zu erneuern, sondern auch um Verhandlungen über einen russisch-türkischen Handelsvertrag zu pflegen, der, nach dem Ausspruch des türkischen Offiziers „Miffleit“, eine „unerlässliche Voraussetzung der russisch-türkischen Freundschaft“ sei. Da schwenkt nun die Türkei wieder einmal nach der Seite Sowjetrußlands ab und läßt sogar demonstrativ die russischen Kriegsschiffe durch die Dardanellen passieren, obwohl sie selbst in der Meerengenkommission vertreten ist.

Was soll diese abermalige Wendung? Soll sie, wie so oft früher, den täuschenden Schein einer weltpolitisch gewichtigen Bundesgenossenschaft hervorrufen wollen, so würde man nach den früheren Erfahrungen darin nicht mehr als eine leere Geste erblicken können.

Elias Hurwicz.

Beschäfts-Anzeiger

Berlin-Süd-Westen.

Unsere Reformschuhe befreien den Fuß!
Landsgemeindehaus Berlin-Mitte, Neue Schönhauser Str. 8
Berlin-Spandau, Potsdamer Str. 38-39

Staubsauger 68.- Mk. in allen Fachgeschäften und in den Fachabteilungen der Konsumvereine und Warenhäuser.
Staubsaugerbau Elektro-Jika

Frisier-Salon
stadtbad Neukölln
Ereilichste Bedienung
Fehlliche Sanberkeit
20% Rabatt bei Abgabe d. Inserats

Roggenmehl „Tivoli“
garantiert vermahlen aus bestem, gesundem, märkischem Roggen, back- und lagerfähig
Zu beziehen durch jeden Großhändler
Berliner Hermannmühle Berthold Rothholz
Berlin SO 36, Köpenicker Straße 16-17 — Telephon: Moritzplatz 10520-21

Dampfwäscherei Urania
Carl Gottschalk
Fernsprecher: Moritzplatz Nr. 11550
Behnhauener 6 — Waldemarstr. 27
wäscht billig und gut.

Neander-Bad
Neandersstraße 12 1105

Groß-Desillation
August Schulz
Dresdener Straße 155
KOTTBUSSERTOR

Julius Ehl Aufzüge
Reparaturen 1310
Neulieferungen
Bin-Wilmersdorf, Tübinger Str. 2 / Tel.: Platzburg 1433

Gaststätte
vormals „Zum Hakespecht“
Inhaber: Mathias Schröder
Mauerstr. 87 89
Zentrum 8964

Bis spät ins Alter bleibst du frisch
Hast du Feronia auf dem Tisch
Feronia-Brot
D.R.G. 157 307 Konkurrenzlos
Aerzlich dringend empfohlen / Ueber 1000 Niederlagen
Gebr. Hagen, Berlin-Schmargendorf
Salzbrunner Straße 16-20 Draht 1418

Stempel-Fabrik Hecht
Robert Hecht
Inh.: Alfred Scheller
Berlin S 14, Annenstr. 10
Fernruf F 7
Jannowitz 3618
Liefert Stempel jeder Art

Malerhütte
Berlin G.m.b.H.
VORMALS MALEREIGENOSSENSCHAFT GEGRÜNDET 1913
NO 18, LANDSBERGER ALLEE 38-39
FERNSPR. ALEXANDER 5626-30
ALLE MALERARBEITEN R 140
MOEBEL- UND AUTOLACKIERUNG

Das Haus der guten Küche
Eigene Hausschlachterei

Klischees
Galvanoplastische Werkstätten
K.-G. Baum & Co.
SW 68, Alle Jakobstraße 144
Telephon: Dönhoff 890 — 891

Gebrüder Huth
Sahne-Großhandlung
Gegründet 1861 1143
Berlin 50, Oranienstr. 105
Lieferant erster Konditoreien
Eigene Dampfmoikereien
Fernspr.: Moritzplatz 9809 u. 16792

Bauklemptner
Friedrich Hädicke
Be- und Entwässerung / Sanitäre Anlagen
SW 68, Lindenstraße 2 TELEPHON
Dönhoff 9527

Butterhandlung
Zu den drei Sternen

Filialen in allen Stadtteilen

VOLKS-FEUERBESTATTUNGS-VEREIN V.V.A.B.
1913
UNTER REICHAUFSICHT

Paul Horsch
Berlin - Gewerkschaftshaus
Tabakwaren erst. Firmen 1172

Asphalt-Fabrik
F. Schlesing Nachf. Akt.-Ges.
Asphalt-Arbeiten aller Art
Spezialität: Hartgußasphalt
Isolierungen und Dacharbeiten
Berlin NW. 87, Kaiserin-Augusta-Allee 104 — 106
Fernsprecher: Hansa 940 und 2181

bietet jedem Auto
Schutz gegen Unfall sowie stoßfreie weiche Federung!
Verlangen Sie Prospekte:
TACO Bau-Chubo, Schloßstraße 69, Kraftfahrzeug-Werkst. Tel.: Wiltb. 9223, 9224

Nach dreimonatiger Mitgliedschaft
unbedingten Rechtsanspruch auf
kostenlose, pietätvolle Bestattung
Kein Kirchenaustritt erforderlich

Verbandshaus-Restaurant!
Rungestr. 30 (R. 12)
Neue Bewirtung E. Philipp
Vereinszimmer
noch einige Tage frei

Bandagen-Müller
Prinzenstraße 43, am Moritzplatz
Bruchbänder — Leibbinden
Künstliche Glieder, Gummistrümpfe, Plattfüßlingen
Eigene Werkstat
Lieferant für sämtliche Krankenkassen

Man verlange kostenfrei Zusendung
eines Prospekts oder Vertreterbesuch
Hauptgeschäftsstelle
Berlin N. 4, Invalidenstr. 110
Fernruf Norden 28 85 — 88, 89 44

Bindfaden
Kordel, Packstricke, Pack- u. Seidenspiere, Fappen
Billige Braukausquelle
Karl Daub
314, Wallstraße 78 / Telephon:
F 7, Jannowitz 4814

HUZI
GROSDESTILLATION
Prinzessinnenstrasse 17
Invaliden- Ecke Ackerstrasse
Ritter- Ecke Brandenburgstr.

Bien's Festsäle
Kreuzbergstraße 48 — an der Katzbachstraße
Täglich außer Dienstag und Freitag
Großer altdeutscher Ball
Rondänze — Zwei Kapellen — Ende 5 Uhr (R 140)

„Humboldtmühle“ Akt.-Ges.
Berlin.
Berlin C, Burgstraße 20. — Telephon: Norden 2042-84. 1149
Roggenmehle: „Schloßmarke“, „Humboldtmarke“
Weizenmehle: „Merkur 000“, „Merkur Spez. 0“
Auszugmehle: „Wiener“, „Oceana“, „California“

RESTAURANT „MÜNZZHOF“
Münzstr. Ecke Dragonerstr.
Warme Küche • Gut gepflegte Biere • Ab 12 Uhr mittags Konzert

Horst Walther G.m.b.H.
Siemensstadt, Volkstraße 2. — — — Fernruf: Wilhelm 8205 und 8206
Heizungs- und sanitäre Anlagen 1115
Ständiges Lager sämtlicher Materialien

Wäsche
waschen bügeln
Dampfwaschwerke
Reibedanz & Co.
G.m.b.H., Tempelhofer
Südring 695 — 1065 — 2823